



Linke Liste Nürnberg, 90459 Nürnberg, Humboldtstraße 104

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Ulrich Maly
Rathausplatz 2

90403 Nürnberg

Humboldtstraße 104
90459 Nürnberg
Telefon: 0911 – 2 87 60 13
Fax: 0911 – 2 87 60 16
www.linke-liste-nuernberg.de
linke-liste-nuernberg@t-online.de
Nürnberg, 4. Mai 2011

Abbau von prekären Arbeitsverhältnissen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Jede/r achte Leiharbeiter/in ist auf Hartz IV-Aufstockung angewiesen. Durch das „Aufstocker-Modell“ werden Unternehmen ent- und Bund und Kommunen belastet. Die Unternehmer lassen sich dadurch einen Teil des Lohnes vom Steuerzahler finanzieren. Seit 2005 kosteten diese „Lohnzuschüsse“ dem Staat 50 Milliarden Euro.

Lange schon lassen Unternehmer ihre „normalen“ Aufträge von Leiharbeiter/innen ausführen, um Kosten zu sparen. Leiharbeit wurde zum Schrittmacher für Niedrig(st)löhne: 2,2 Mio Arbeitnehmer/innen bekommen für ihre Arbeit weniger als 6 Euro und 1,2 Mio weniger als 4 Euro Stundenlohn.

Bei gleicher Arbeit erhalten Leiharbeiter/innen nur ca. die Hälfte von Vollzeitbeschäftigten. Dieses Thema ist vor allem in Nürnberg präsent, da hier die Leiharbeitsquote mehr als doppelt so hoch ist wie im Bundesdurchschnitt. Im Jahr 2009 waren in der Kommune 36,5 % der Vollzeitbeschäftigten in atypischer Beschäftigung.

Die Stadt selbst ist Arbeitgeberin und Auftraggeberin und sollte mit gutem Beispiel voran gehen. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit kann diese „Gewinnsubventionierung“ zurück drängen. Es gibt bereits eine Reihe von Beispielen, in denen Betriebsvereinbarungen zu „equal pay“ abgeschlossen wurden, wie z. B. Siemens.

Eine Auftragsvergabe unter rein wirtschaftlichen Aspekten birgt die Gefahr in sich, prekäre Arbeitsverhältnisse zu fördern. Diese sind die Armutursache Nummer 1. Die Stadt Nürnberg ist aufgefordert zu prüfen, inwieweit sie als Arbeitgeberin, Auftragsgeberin, Mutterunternehmen oder als beteiligter Konzern Einfluss nehmen kann.

Die Stadtratsgruppe der Linken Liste stellt folgenden Antrag:

1. Die Stadt setzt sich dafür ein, dass bei der Verwaltung, den Töchtern und den Unternehmen mit städtischer Beteiligung eingesetzte Leiharbeiter/innen die gleiche Entlohnung wie vergleichbare Arbeitsplätze der Stammbeschäftigten erhalten.
2. Bei freien öffentlichen Stellen bei der Stadt werden bevorzugt Leiharbeiter/innen und befristete Beschäftigte übernommen.

3. Es wird geprüft, inwieweit bei den Auftragsvergaben die Kriterien „Prekäre Beschäftigung, Quote von Leiharbeiter/innen und die Einhaltung von gesetzlichen Bestimmungen und Tarifbindung“ abgefragt werden kann. Betriebe mit prekären Beschäftigungsverhältnissen erhalten keine Aufträge.

Bei der Behandlung dieses Themas bitte ich darum, als Experten Vertreter des Personalrates, DGB und ver.di einzuladen. Diese Gäste sollten Rederecht haben.

Mit freundlichen Grüßen

Marion Padua
Stadträtin der Linken Liste